

Verordnung zum Gastgewerbegesetz

(vom 16. Juli 1997)¹

Der Regierungsrat beschliesst:

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Die Volkswirtschaftsdirektion ist die zuständige Direktion gemäss § 4 des Gesetzes³. Zuständigkeit

§ 2. Allgemein zugänglich sind Örtlichkeiten, wenn ein unbestimmter Personenkreis Zutritt hat. Ein Betrieb gilt insbesondere als öffentlich zugänglich, wenn er durch Anschrift oder Werbung nach aussen auch als Gastgewerbebetrieb in Erscheinung tritt. Patentpflicht

§ 3. Unter Vorbehalt anderslautender Bestimmungen werden die Bewilligungen und Patente auf unbefristete Dauer erteilt. Bewilligungsdauer,
Massnahmen

Bewilligungen und Patente werden entzogen, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung nicht mehr gegeben sind.

B. Patente

§ 4. Neuerteilungen und Änderungen von Patenten, welche zum Ausschank oder Verkauf von gebrannten Wassern berechtigen, sind der Eidgenössischen Alkoholverwaltung zu melden. Erteilung

§ 5. Patente erlöschen mit Erlöschen

a) dem Tod oder dem Verzicht der Patentinhaberin oder des Patentinhabers

b) der Aufgabe oder dem Untergang des Betriebs

c) dem Entzug.

§ 6. Die für die Nutzung vorgesehenen Räumlichkeiten und Flächen ergeben sich aus der baurechtlichen Bewilligung. Örtliche
Geltung

C. Gastgewerbe

§ 7. Das Gesuch für ein Gastwirtschaftspatent ist vier Wochen vor der Betriebsaufnahme bei den Gemeindebehörden einzureichen. Gastwirtschaftspatent

Dem Patentgesuch sind beizufügen:

- a) Handlungsfähigkeitsausweis;
- b) Auszug aus dem eidgenössischen Zentralstrafregister;
- c) Erklärung, ob gebrannte Wasser ausgeschenkt und wie viele Liter pro Jahr voraussichtlich umgesetzt werden.

Dem Gesuch für vorübergehend bestehende Betriebe sind keine Unterlagen beizufügen.

Schliessungs-
stunde

§ 8. Die Gäste sind beim Eintritt der Schliessungsstunde zum Verlassen der Gastwirtschaft aufzufordern.

Die Gäste haben die Gastwirtschaft innert 30 Minuten zu verlassen. Während dieser Zeit dürfen sie nicht mehr bewirtet werden.

Dauernde
Ausnahmen
von der
Schliessungs-
stunde

§ 9. Die Schliessungsstunde kann hinausgeschoben oder aufgehoben werden.

Bei berechtigten Zweifeln, ob die Nachtruhe der Anwohner gewährleistet werden kann, kann die Bewilligung für einen befristeten Versuch erteilt werden.

Die Bewilligung lautet auf den Betrieb.

Für die hohen Feiertage gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage und über die Verkaufszeit im Detailhandel².

Entzug und
Erlöschen

§ 10. Die Bewilligung zur dauernden Hinausschiebung der Schliessungsstunde kann, namentlich bei wiederholten Nachtruhestörungen, jederzeit entzogen werden.

Die Bewilligung erlöscht mit der dauernden Aufgabe oder dem Untergang des Betriebs.

Amtsblatt

§ 11. Die Gemeinden melden die notwendigen Angaben für die Zustellung des Amtsblattes dem mit der Herausgabe beauftragten Verlag.

Plätze für
Nichtraucher

§ 12. Die Plätze für Nichtraucher sind deutlich zu kennzeichnen.

D. Klein- und Mittelverkauf von alkoholhaltigen Getränken

Klein- oder
Mittelverkaufs-
patent

§ 13. Das Gesuch für ein Klein- oder Mittelverkaufspatent ist vier Wochen vor der Betriebsaufnahme bei den Gemeindebehörden einzureichen.

Dem Patentgesuch sind beizufügen:

- a) Handlungsfähigkeitsausweis;
- b) Erklärung, ob gebrannte Wasser verkauft und wie viele Liter pro Jahr mutmasslich umgesetzt werden.

Dem Gesuch für vorübergehend bestehende Betriebe sind keine Unterlagen beizufügen.

E. Patentabgaben auf gebrannten Wassern

§ 14. Die Abgabe richtet sich nach der Selbstdeklaration durch Einschätzung der Patentinhaberin oder den Patentinhaber.

Wird die deklarierte Menge an umgesetzten gebrannten Wassern in einem für die Höhe der Abgaben massgeblichen Umfange überschritten oder werden gebrannte Wasser neu ausgeschrieben oder verkauft, ist dies der Gemeindebehörde unter Angabe der mutmasslichen jährlichen Menge in Litern mitzuteilen.

§ 15. Die Abgaben betragen:

Anzahl Liter der
umgesetzten Menge an
gebrannten Wassern pro Jahr

von 1 bis 500
über 500 bis 1000
über 1000 bis 1500
über 1500 bis 2000
über 2000 bis 2500
über 2500 bis 3000
usw.

Abgabe in Franken
pro Abgabeperiode
von vier Jahren

200
400
600
800
1000
1200

Tarif

Die Maximalabgabe beträgt Fr. 8000.

§ 16. Die Abgabe wird mit der Festsetzung oder mit dem Beginn einer Abgabeperiode fällig. Sie ist innert 30 Tagen zu bezahlen. Bei Zahlungsverzug wird eine Nachfrist von zwanzig Tagen angesetzt. Danach verliert das Patent seine Gültigkeit.

F. Schlussbestimmungen

§ 17. Gegen die gestützt auf das Gastgewerbegesetz erlassenen Entscheide der Gemeindebehörden kann innert 30 Tagen bei der Volkswirtschaftsdirektion Rekurs eingereicht werden. Rechtsmittel

935.12

Verordnung zum Gastgewerbegesetz

Inkrafttreten

§ 18. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1998 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Verordnung zum Gastgewerbegesetz vom 20. November 1985 aufgehoben.

¹ OS 54, 149.

² [822.4.](#)

³ [935.11.](#)